

Dr. Bernd Fabritius

- (A) Projekte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik dienen der Völkerverständigung und sollten darum in eine ausgewogene Ostpolitik nachhaltig einfließen.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache beendet.

Zwischen den Fraktionen wurde vereinbart, die Vorlage auf Drucksache 18/11167 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. – Ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften**

Drucksache 18/7557

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

Drucksache 18/11171

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

(B)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Wasserqualität für die Zukunft sichern – Düngegerecht novellieren

- zu dem Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Peter Meiwald, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neues Düngegerecht endlich beschließen

Drucksachen 18/1332, 18/9044, 18/11171

Jetzt sind die Umweltpolitikerinnen und -politiker gefordert.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Landwirtschaftspolitiker, Frau Präsidentin! Ganz wichtig! Das ist ein Unterschied!)

– Die Landwirtschaftspolitiker.

Zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Interfraktionell wurde vereinbart, dass die Aussprache 38 Minuten dauern soll. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Bundesregierung hat die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth. Bitte schön. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Maria Flachsbarth, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Sitzungswochen hat der Deutsche Bundestag häufig zentrale Themen aus dem Bereich der Landwirtschaft, der Ernährung und der ländlichen Räume debattiert. Mich freut, dass damit diese für unser Land und unsere Gesellschaft so wichtigen Themen in die Mitte der parlamentarischen Aufmerksamkeit gerückt wurden. Denn genau dahin, in die Mitte, gehört auch die Landwirtschaft selbst – in die Mitte der Gesellschaft.

Wir verdanken der deutschen Landwirtschaft viel. Noch nie in unserer Geschichte hatten wir so gesunde, so sichere und so vielfältige Lebensmittel wie heute.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das leisten in erster Linie unsere Bäuerinnen und Bauern. Unsere Bauernfamilien haben deshalb unsere Unterstützung und unsere Wertschätzung verdient.

Gleichwohl, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen wir: Die deutsche Landwirtschaft kann nur dann erfolgreich arbeiten, wenn sie von einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz getragen ist. Zu einer gesellschaftlich akzeptierten landwirtschaftlichen Nutztierhaltung leistet die Einigung beim Düngepaket, über das wir heute sprechen, einen wesentlichen Beitrag. (D)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass Sie da noch mal hinkommen!)

Wir müssen unser Grundwasser vor übermäßigen Nitratreinträgen schützen und die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft reduzieren. Aber wir müssen unseren Landwirten auch die Möglichkeit geben, ihre Pflanzen bedarfsgerecht mit Nährstoffen zu versorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber ein bisschen viel!)

Ich freue mich deshalb, dass uns mit der neuen Düngeverordnung ein ausgewogener Ausgleich zwischen den Umweltinteressen, Frau Höhn,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

und einer praxistauglichen Lösung für unsere Bauern gelungen ist. Das Düngegesetz, das wir heute beraten, bildet die gesetzliche Grundlage für die Düngeverordnung und damit auch für die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie in Deutschland. Damit ist ein Paket geschnürt, das der bäuerlichen Landwirtschaft ein ökonomisch tragfähiges und zugleich ressourcenschonendes Wirtschaften ermöglicht. Gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium und den Ländern haben wir uns darauf verständigt, die Steuerung

Parl. Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth

- (A) und Überwachung von Nährstoffströmen deutlich zu verbessern. Hier schafft der Bund die gesetzlichen Vorgaben; bei der Kontrolle sind aber die Länder gefordert.

Mit der Düngegesetzgebung haben wir eine stärkere Regionalisierung und damit standortangepasste Differenzierung des Düngerechts vereinbart. Es sieht beispielsweise zusätzliche Vorgaben für Gebiete mit kritischen Nitratwerten vor, aber eben auch Entlastungen für unproblematische Gebiete. In der Novelle der Düngeverordnung vorgesehene Maßnahmen sind unter anderem die bundeseinheitliche Regelung der Düngebedarfsermittlung für Stickstoff auf Acker- und Grünland, die Verlängerung der Zeiträume, in denen keine Düngemittel ausgebracht werden dürfen, sowie die Ausweitung der Abstände für die Stickstoff- und Phosphatdüngung in der Nähe von Gewässern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Novelle der Düngeverordnung zielt darauf ab, den Stickstoff effizienter zu verwerten und die Emissionen von Ammoniak bei der Düngung zu reduzieren. Zudem wird das Verfahren zur Ermittlung des Stickstoffdüngedarfs der Pflanzen weiterentwickelt, konkretisiert und bundesweit vereinheitlicht. Der ermittelte Düngebedarf darf in der Regel nicht überschritten werden. Damit die landwirtschaftlichen Betriebe die notwendigen Vorgaben aber leichter umsetzen können, werden wir neue Techniken fördern, zum Beispiel die bodennahe Ausbringung von Gülle. Ich denke, das ist ausgesprochen sinnvoll.

- (B) Mit der Einigung beim Düngepaket setzen wir auch das Bekenntnis aus dem Koalitionsvertrag um, eine flächengebundene landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Deutschland anzustreben.

Sehr herzlich danke ich allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aus den Koalitionsfraktionen und aus den Ländern, für wirklich konstruktive Beiträge. Es hat lange gedauert, aber jetzt ist es endlich gut. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Beratungen im Bundesrat voraussichtlich im März dieses Jahres abschließen können.

Lieber Kollege Priesmeier, es waren tatsächlich nicht immer ganz einfache Verhandlungen.

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Oh nein!)

Aber es hat sich gezeigt, dass nur im konstruktiven Miteinander und in einem fairen Dialog sinnvolle Lösungen erreicht werden können. Daran sollten wir für den Rest der Legislaturperiode gemeinsam festhalten. Wir drücken uns nicht vor schwierigen Themen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern wir steuern mit Augenmaß nach und gehen die Akzeptanzprobleme der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung damit wirkungsvoll an. Die Menschen erwarten von uns, dass wir liefern, und mit dem Düngepaket haben wir geliefert. Ich bitte Sie daher, dem von Bundesminister Christian Schmidt vorgelegten Düngegesetz zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Als Nächstes hat Dr. Kirsten Tackmann, Fraktion Die Linke, das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Zu viel Dünger auf den Feldern und zu viel Nitrate in den Gewässern und im Grundwasser – das hat unterdessen wohl jeder schon mal gehört. Das beunruhigt oder alarmiert immer mehr Menschen. Ich finde, das passiert zu Recht und nicht nur in den besonders betroffenen Regionen Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens. Um dieses Problem der Überdüngung zu lösen, muss das Düngerecht endlich novelliert und geändert werden. Aber weil Deutschland seine Hausaufgaben eben nicht gemacht hat, sitzt uns mittlerweile auch die EU mit Klagen und einem Vertragsverletzungsverfahren im Nacken. Angesichts dieses Handlungsdrucks finde ich, dass diese jahrelangen, endlosen Debatten in der Koalition unverantwortlich sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Mindestens zweimal wurde dieses Gesetz zu Weihnachten versprochen; die Bescherung blieb aus. Mehrfach wurden endgültige Einigungen öffentlich verkündet und wieder zurückgezogen. Mehrfach stand das Gesetz auf der Tagesordnung des Bundestages, wurde dann aber wieder abgesetzt. Unterdessen ist vielen in der Landwirtschaft eigentlich nur noch wichtig, dass entschieden wird, und nicht mehr, was. – Wenn das Ihr großer Plan war, ist zumindest der aufgegangen. Wenn die Strategie verfolgt wurde: „Wer nicht überzeugen kann, sollte wenigstens Verwirrung stiften!“, waren Sie auch damit zeitweise erfolgreich. Aber vertrauensbildende Politik ist das leider nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei geht es hier um ein ganz wichtiges Spannungsfeld. Bisher steht nämlich auf der einen Seite der Schutz des öffentlichen Guts Wasser und der Naturressource Boden vor zu hohen Nährstoffeinträgen. Auf der anderen Seite steht die Ertragssicherung als Grundlage der Lebensmittelversorgung, zu der Düngung gebraucht wird. Dabei geht es auch um landwirtschaftliche Einkommen; es ist also auch eine soziale Frage.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine vernünftige Lösung muss endlich dieses Gegeneinander von Schützen und Nutzen beenden. Beides muss eng miteinander verknüpft werden. Dieses neue Denken wird dringend gebraucht, ist aber leider nur partiell erkennbar.

Deshalb ist aus Sicht der Linken mit der heutigen Beschlussfassung die Kuh eben noch nicht vom Eis. Ich bin mir nicht sicher, ob die Kompromisse von Union und SPD in Brüssel und vor der Realität standhalten, zum einen, weil zum Beispiel schwammige und vage Formulierungen im Gesetz zu viel Platz für Ausweichmanöver in der Umsetzung lassen. Viele Betriebe müssen zum Beispiel erst 2023 überhaupt etwas ändern. Zum anderen

(C)

(D)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) müssen das Düngegesetz und die Düngeverordnung gemeinsam betrachtet werden. Die Verordnung wurde aber erst gestern im Bundeskabinett beschlossen. Dem Ausschuss liegt sie nicht vor,

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben sie da noch nicht gesehen!)

und selbst auf der Homepage des Ministeriums war sie heute Vormittag noch nicht zu finden.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir kennen sie!)

Vielleicht wissen die Umweltverbände ein bisschen mehr. Jedenfalls sehen sie wie wir das Gesetz als ersten Schritt in die richtige Richtung. Aber auch sie bezweifeln, dass die Vorgaben der EU erfüllt werden, und befürchten nach wie vor Strafzahlungen in Milliardenhöhe wegen weiter zu hoher Nitratbelastung besonders im Grundwasser. Wenn Brüssel diese Kompromisse der Koalition wieder kassiert, dann wäre es ein Desaster, und zwar nicht nur für die Koalition, sondern leider und vor allem für die Landwirtschaft; denn die braucht endlich Planungssicherheit.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz dieser Zweifel wird die Linke heute dieses Düngegesetz nicht ablehnen. Ich sage Ihnen auch, warum: vor allem, weil immerhin ein Paradigmenwechsel gelungen ist und auch im Gesetz verankert wurde, wie es Professor Taube von der Uni Kiel in der Ausschussanhörung formulierte. Ziel dieses Gesetzes ist nämlich nicht mehr nur der maximale Ernteertrag,

(B)

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Genau!)

sondern die Sicherung der Ernteerträge ist jetzt mit dem Schutz der Gewässer und des Grundwassers eng verknüpft. Das ist richtig und überfällig.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das dient übrigens auch der Sicherung der Ernten in der Zukunft; denn gesunde Gewässer und Böden sind doch die besten Verbündeten der Landwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Im letzten Moment wurde sogar der Zweck des Gesetzes noch verstärkt. Nun sollen Nährstoffverluste in die Umwelt nicht nur verringert werden, wie es ursprünglich im Entwurf der Bundesregierung zu lesen war, sondern vermieden werden.

Auch bei der Hofforbilanz hat sich Gott sei Dank die SPD durchgesetzt. Bei richtiger Ausgestaltung ist das durchaus ein wichtiges Instrument für die Betriebe, um Überdüngung zu vermeiden. Dass das jetzt im Gesetz nach dem Willen der Union „Stoffstrombilanz“ heißen muss,

(Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Genau!)

ändert hoffentlich an dieser Tatsache nichts.

Längst überfällig ist auch, dass die Gärreste in die Düngemittelbilanz einbezogen werden. Auch dass die

- Behörden nun koordinierter handeln können, halten wir für vollkommen richtig und wichtig. (C)

Aber zwei dringende strukturelle Ursachen des Problems werden bisher überhaupt noch nicht angegangen, zum einen die hohen oder zu hohen regionalen Tierdichten und zum anderen die Megaställe, die es leider in einigen Regionen schon gibt. Als Linke wollen wir, dass die Tierbestände fest an regional verfügbare Flächen gebunden und angepasst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Nur dann geht es nämlich um Düngung mit und nicht um Entsorgung von Gülle, und daran werden wir festhalten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die SPD spricht jetzt Dr. Wilhelm Priesmeier.

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne meine Rede heute natürlich nicht mit einer Bauernregel, sondern mit der Feststellung, dass heute ein guter Tag für die Umwelt ist und wir im Hinblick auf die Landwirtschaft mit dem ganzen Paket, das in den letzten Wochen und Monaten immer zur Diskussion stand – von der Düngeverordnung über das Düngegesetz bis zu der Anlagenverordnung –, einen entscheidenden Schritt auch in Richtung Nachhaltigkeit gehen. (D)

Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben schon im Dezember 2012 in einem Antrag eine ganze Reihe von Forderungen gestellt. Diese Forderungen setzen wir mit dem heutigen Tage um. Das heißt, wir versprechen nicht nur, sondern die SPD liefert auch.

Auf dem Weg dahin hatten wir natürlich eine ganze Reihe von Widerständen zu überwinden. Die Einsicht bei vielen politischen Akteuren und auch bei den Betroffenen des Berufsstandes war nicht immer in dem Maße ausgeprägt, wie ich das erwartet habe. Ich erinnere mich an eine Pressekonferenz aus dem Januar 2015. Da wurden noch Dinge wie „längere Sperrfristen“, „strengere Vorgaben für Phosphatdüngung“ und „Hofforbilanz“ seitens des Bauernverbandes als inakzeptabel oder nicht notwendig abgelehnt.

Mittlerweile ist ein Sinneswandel eingetreten – ich befürworte das –, sodass wir heute, glaube ich, auch im Sinne der Zukunft unserer Betriebe – auch unserer Veredelungsbetriebe – zur Verabschiedung eines Gesetzes kommen, das sich nachhaltig auf die deutsche Landwirtschaft auswirken wird.

Der Handlungsdruck war enorm, auch vor dem Hintergrund der Verletzung der Nitratrichtlinie und der im Oktober eingegangenen Klage. Das macht deutlich, dass man letztendlich auch vor diesem Hintergrund angefangen hat, sich aufeinander zuzubewegen. Ich war dazu

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) immer bereit. Manchmal ist der Weg zum Ziel aber eben ein bisschen schwierig und mühselig. Ich habe darum gekämpft, und im Endeffekt ist es auch gelungen, glaube ich, wesentliche Bestandteile zur Verbesserung umzusetzen.

Das zentrale Problem ist hier eben schon angesprochen worden, nämlich natürlich die Entkoppelung der Veredelungswirtschaft von der Fläche. Das kann man nicht dauerhaft hinnehmen. 2,4 Großvieheinheiten sind etwa die Größe, bis zu der das noch funktioniert. Ab da funktioniert es eben nicht mehr, und es entstehen zusätzliche Kosten für die Betriebe und für den Sektor.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2,4 ist zu viel!)

Wenn man das, was nicht mehr auf die Fläche passt, trotzdem auf der Fläche entsorgt, dann entstehen zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit und unter Umständen auch Belastungen für zukünftige Generationen durch eine Verunreinigung von Trinkwasser. Ich glaube, mit den jetzigen Vorgaben machen wir dem ein Ende und sorgen dafür, dass nachhaltig eine entsprechende Verbesserung der Gewässergüte der Grundwasserkörper erreicht wird.

Unser politisches Ziel als SPD ist es, die Tierhaltung wieder an die Fläche zu binden. Das haben wir auch in den Koalitionsvertrag geschrieben.

(Beifall der Abg. Christina Jantz-Herrmann [SPD])

- (B) Das ist umweltverträglich und letztendlich auch nachhaltig und wirtschaftlich. Daran wird auch kein Weg vorbeiführen.

In der Vergangenheit gab es die Schwierigkeit, dass man die wissenschaftlichen Grundlagen zum Düngerecht, die seitens der uns beratenden Wissenschaft vorgebracht worden sind, nicht immer entsprechend registrieren wollte. Ich glaube, dass wir jetzt auch mit der Umstellung des Systems auf ein Bruttobilanzierungssystem jeden dazu bringen, dass er sich ehrlich macht, sodass sich keiner mehr einen schlanken Fuß macht und mit Faustzahlen rechnet.

Es ist noch nicht alles umgesetzt, was wir zu gegenwärtigen haben. Kernerlement dessen, was wir verhandelt haben, ist die sogenannte Stoffstrombilanz oder Hoforbilanz – wie immer man das auch bezeichnen mag. Mir ist es an sich egal, wie man das bezeichnet; Hauptsache, das System sowie die Bilanzierung funktionieren, und Hauptsache, wir haben ein System, das hinterher auch vollzugsfähig ist!

(Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Nicht bürokratisch!)

Das bisherige Düngerecht ist zwar ganz nett, aber in gar keiner Weise vollzugsfähig. Bußgeldbescheide enden häufig vor den Verwaltungsgerichten und haben keinen Rechtsbestand, weil die Beweislage nicht eindeutig ist.

Ich nehme an, dass wir mit der jetzt vorgesehenen Regelung, auf vorhandene Daten zuzugreifen – das war ein hartes Stück Arbeit in den Verhandlungen, die Regelung umzusetzen, dass die Kontrollbehörden die infragekom-

- menden Betriebe risikoorientiert kontrollieren können –, eine neue Möglichkeit der Umsetzung bekommen, sodass wir letztendlich auch da auf der sicheren Seite sind. Damit gewährleisten wir für die Länder den Vollzug und ermöglichen es ihnen auch, den Vollzug darzustellen. (C)

Wir orientieren uns – das ist schon erwähnt worden – nicht mehr unbedingt an dem maximal möglichen Flächenertrag, sondern es muss zwischen Ertrag auf der einen Seite und freiwerdenden Emissionen auf der anderen Seite abgewogen werden. Beides muss in etwa gleichberechtigt berücksichtigt werden. Das ist ein qualitativer Fortschritt und an sich alternativlos.

Wir schließen das Schlupfloch mit den Biogasanlagen in bestimmten Veredelungsregionen. Das wird nachhaltige Folgen haben; denn das war häufig die Ursache dafür, dass es zu qualitativen Verschlechterungen gekommen ist.

Die Länder werden verpflichtet, in den zusätzlich belasteten Gebieten besondere Maßnahmen zu ergreifen. Das können sie nicht nur tun, sondern sie werden dazu verpflichtet. Darauf sollte man hinweisen.

Ich glaube – das ist auch eine ganz wesentliche Erkenntnis, die ich in dem gesamten Verhandlungsprozess gewonnen habe –, hinterher finden sich doch alle zusammen. Aus diesem Grund darf ich allen recht herzlich danken, vor allen Dingen dem Kollegen Holzenkamp, den beiden beteiligten Ministerien, und zwar dem Umweltministerium und dem Landwirtschaftsministerium. Auch dem grünen Agrarminister aus Niedersachsen möchte ich danken, (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Guter Mann!)

der durch seine intensiven Verhandlungen mit der Bayerischen Staatskanzlei bzw. dem Bayerischen Staatsminister dazu beigetragen hat, schlussendlich einen Kompromiss zu finden.

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD])

Manche Vereinbarungen in dem Kompromiss erschließen sich mir allerdings nicht so ganz.

Ich nenne hier zum einen die Möglichkeit von Futterbaubetrieben, 25 Prozent ihres Grundfutters als Verluste im Nährstoffvergleich pauschal abzuziehen.

Ein anderer Punkt ist die Tatsache, dass es in Bayern und auch in anderen Bundesländern noch möglich ist, die Gülle bis spätestens vier Stunden nach der Ausbringung einzuarbeiten. Wer Ammoniak einsparen will, der muss das zügig tun. Der größte Teil des Ammoniaks wird nach ein oder zwei Stunden, manchmal auch nach drei oder vier Stunden nach dem Ausbringen freigesetzt. Das hängt von den Wetterbedingungen ab. Da ist vielleicht noch einiges nachzubessern.

Auch im Bereich der Phosphatbegrenzung hätte man ambitionierter vorgehen können. Im Hinblick auf die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist damit sicherlich noch nicht das Ende erreicht.

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) Vor diesem Hintergrund gehe ich davon aus, dass die Düngegesetzgebung die Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages auch in der nächsten Legislatur – mich nicht mehr, ich werde dann dem Bundestag nicht mehr angehören – beschäftigen wird.

(Rainer Spiering [SPD]: Sicher!)

Nicht vergessen werden darf natürlich der Dank an den Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern, Till Backhaus, der in den Verhandlungen immer verlässlich war, was Informationen und Hintergründe betrifft. Ihn darf ich als großen sozialdemokratischen Agrarminister auf der Länderebene natürlich nicht vergessen.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Groß ist er nicht!)

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Friedrich Ostendorff.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer hätte das gedacht? Wir Grünen jedenfalls nicht. Sie legen uns heute doch noch ein neues Düngegesetz vor.

- (B) (Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Doch! Das haben wir doch angekündigt!)

Zwar von der EU gemahnt, aber seit 2011 von Ihnen nur zähes Taktieren, Verschieben, Nichtstun,

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Alte Leier!)

statt endlich die Güllefluten von unserem Grundwasser fernzuhalten. Das Abblocken aller vernunftbasierten Argumente, stattdessen das kategorische Nein aus Bayern und das vom Bauernverband Geforderte umsetzen –

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Wir denken eben auch an die kleinen Betriebe!)

das ist leider die Politik von Herrn Minister Schmidt, Frau Marlene Mortler.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Ihr wolltet die kleinen Betriebe plattmachen!)

Es ist unfassbar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die notwendigen Verschärfungen so lange verzögert wurden, bis endlich die EU tätig wurde und die Klage auf den Weg brachte. Übrigens: Mit den möglichen Strafzahlungen von 830 000 Euro Steuergeld pro Tag – sie sind ja nicht undenkbar; denn wir wissen nicht, was die EU jetzt macht – ließen sich täglich 70 Betriebe mit 2 000 Schweinen mit Abgasreinigungsanlagen ausrüsten. Es ließen sich auch – das fänden wir Grüne noch besser – täglich zwei Außenklimaställe für 500 Schweine bauen,

- statt das Steuergeld wegen politischer Untätigkeit aus dem Fenster zu werfen, wie Sie es tun. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wären sinnvolle Investitionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch den Umbau der Tierhaltung werden Bäuerinnen und Bauern und Gesellschaft endlich wieder zusammengeführt. Nehmen Sie von der CDU/CSU doch endlich wahr, dass Politik heute verbindende Impulse geben muss, statt die Spaltung der Gesellschaft weiter voranzutreiben!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU – Max Straubinger [CDU/CSU]: Wer spaltet denn? Die Grünen!)

– Hören Sie zu! – Das zeigt doch auch – und das lernen wir jetzt gerade – die unsägliche Bauernregel-Plakataktion von Ministerin Hendricks: Dialogorientierte statt spaltende Politik ist heute angesagt. Das ist zeitgemäß.

Die Klage der EU ist berechtigt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es muss sich in Deutschland endlich etwas ändern. Die EU wies immer wieder darauf hin, dass Deutschland die Verseuchung des Grundwassers mit viel zu hohen Nitratmengen beenden muss. Sie und Ihr Minister haben aber sechs Jahre untätig ins Land gehen lassen, um jetzt endlich doch noch im März eine mit den Ländern abgestimmte Düngeverordnung vorzulegen.

Das Gesamtpaket aus Düngegesetz und -verordnung ist aber aus grüner Sicht trotzdem kein goldener Wurf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Warum? An zu knapp bemessener Zeit kann es doch wohl nicht gelegen haben. Nein, es liegt daran, dass Sie sich wieder einmal in den Fallstricken der agrarindustriellen Tierhaltung total verheddert haben.

Übrigens kam von Ihnen auch noch auf den Tisch – dabei kann niemand begreifen, dass das überhaupt ein Diskussionspunkt ist –, dass die gesellschaftlich gewünschte Weidehaltung, aber auch die Strohhaltung von Tieren, sprich Festmistwirtschaft, die sowieso viel aufwendiger und überhaupt kein Problem ist, zu Verursachern gemacht werden sollte. Wenigstens das ist verhindert worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es begreift aber auch niemand in dieser Gesellschaft, warum das Verschmutzen des Gemeingutes Wasser und Boden mit Nitrat und Phosphat durch Güllefluten nicht endlich beendet wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den heute vorliegenden, unzureichenden Kompromissvorschlag haben wir allein Landwirtschaftsminister Meyer aus Niedersachsen und vielen anderen Landesagrarministern, aber vor allen Dingen auch dem Kollegen Dr. Wilhelm Priesmeier zu verdanken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Friedrich Ostendorff

- (A) Dafür müssen wir heute einfach einmal Dank sagen. Bis zuletzt wurde immer wieder versucht, den mühselig ausgehandelten Kompromiss mit Kanonenbootpolitik Ihrerseits kaputtzumachen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: „Kanonenbootpolitik“! Schäm dich doch!)

Es ging Ihnen von CDU/CSU ausschließlich um Verursacherschutz. Es ging Ihnen nicht um Wasserschutz. Wasserschutz war mit Ihnen nicht zu machen. Das ist die bittere Realität.

Wir Grünen lehnen diesen unzureichenden Kompromiss ab. Eine Stoffstrombilanz erst über 2,5 Großvieheinheiten pro Hektar bis 2023 – jetzt wird es leider sehr fachlich; das sind zweieinhalb Kühe – betrifft nur 6,7 Prozent der tierhaltenden Betriebe. Das reicht nicht aus, um die Nitratbelastung im Grundwasser ausreichend zu minimieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stoffstrombilanz für alle Betriebe über der Bagatellgrenze von 50 GV – also umgerechnet 50 Kühe – und 20 Hektar Fläche.

- (B) Ob dieser unzureichende Kompromiss vor dem kritischen Auge Europas Bestand haben wird, ist sehr zweifelhaft. Eines ist aber allemal klar: Es gibt überhaupt keine Akzeptanz mehr dafür, dass die Steuerzahler weiter für die Reparatur des Wassers und der Böden bezahlen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die viel zu hohen Phosphateinträge, die Wasserrahmenrichtlinie und die NEC-Richtlinie – dafür gibt es nach wie vor keine Lösung. Wir sind in der Nitratfrage ganz am Anfang. Wir haben noch lange nicht das Ende erreicht. Hier gilt es nach wie vor, den Druck aufrechtzuerhalten und nachzuarbeiten.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Ostendorff.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bin sofort fertig. – Minister Schmidt wird uns allen als Ankündigungsminister in Erinnerung bleiben. Doch ganz abgesehen davon: Alleine für das Versagen bei der Düngegesetzgebung gehört er abgewählt.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Der ländliche Raum darf nicht weiter vor die Hunde gehen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die CDU/CSU hat jetzt der Kollege Waldemar Westermayer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Waldemar Westermayer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute die Novellierung des Düngegesetzes, und ich kann sagen: Wieder einmal schlecht gebrüllt, Herr Friedrich Ostendorff! Zuerst redet man von politischen Verbindungen, und dann spaltet man wieder die ganze Diskussion.

Ich möchte gleich zu Beginn klarstellen, dass Wirtschaftsdünger kein Abfall ist, sondern eine wertvolle Nährstoffquelle für die Pflanzen darstellt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber wenn es zu viel ist, dann ist es Abfall!)

Zielvorgabe für die Neuregelung des Düngerechts in Deutschland war aus meiner Sicht deshalb, dass sowohl die bedarfsgerechte Pflanzenernährung als auch der Schutz der Gewässer gewährleistet werden. Der vorliegende Gesetzentwurf wird dieser Zielvorgabe gerecht. Durch eine noch bessere, gezieltere Nutzung von Wirtschaftsdünger können wir höhere Erträge bei verringertem Verbrauch von Mineraldünger erreichen. Für die Ernährung einer immer größer werdenden Weltbevölkerung sind diese Effizienzsteigerungen besonders wichtig.

Aber auch der Schutz von Boden, Gewässern und Klima liegt im originären Interesse von uns allen. Deshalb haben wir in Deutschland im Wasser- und Bodenrecht bereits ein hohes Regelungs- und Schutzniveau. Trotzdem ist für uns klar, dass wir den vorhandenen Überschreitungen der Nitratgrenzwerte bei einem Teil der Messstellen entgegenwirken müssen. Um diese Einträge ins Grundwasser zu vermeiden, müssen wir die Vorschriften über die Düngung anpassen. Gerade in Gebieten mit belasteten Wasserkörpern hat die Reduzierung des Eintrags von Nitrat eine hohe Priorität. Dieser Problematik stellen wir uns und stiften keine Verwirrung, Frau Dr. Tackmann; denn mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Anforderungen an die Düngung in Deutschland erheblich verschärft.

Die neuen Regeln für die Ausbringung von Wirtschaftsdünger, die verkürzten Ausbringungszeiten und damit verbundene Anforderungen an mehr Lagerraum und die verringerten Ausbringungsmengen verlangen von unseren Betrieben ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit. Durch Dokumentationspflichten, Verlängerung der Sperrfristen und weitere Auflagen in Problemgebieten erhöhen wir darüber hinaus die regulatorischen Belastungen für Landwirte.

Es ist aber auch sicher – auch das gilt es klar auszusprechen –, dass die weiter gehenden Anforderungen im Düngerecht auch die Produktionskosten in der deutschen Landwirtschaft und damit letztlich die Kosten unserer Lebensmittel erhöhen werden. Außerdem wird sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter verschärfen; denn die neuen Vorgaben bei der Ausbringung-

(C)

(D)

Waldemar Westermayer

- (A) technik stellen insbesondere die kleinen Betriebe vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir dadurch, dass die unterschiedlichen Bodenbeschaffenheiten, Topografien und Klimata in den Regionen berücksichtigt werden, eine hinreichend flexible Anwendung in der Praxis ermöglichen.

Zusammengefasst haben wir mit dem nun vorliegenden Paket aus Düngegesetz, Düngeverordnung und Anlagenverordnung praktikable Lösungen, die es ermöglichen, die Fruchtbarkeit unserer Böden zu erhalten, und es gleichzeitig erlauben, eine ausreichende Nährstoffversorgung für unsere Pflanzen mit Wirtschaftsdünger zu gewährleisten.

Wir entwickeln die gute fachliche Praxis, die wir haben, weiter und erfüllen die europäischen Anforderungen aus der Nitratrichtlinie. Mit der Novellierung gewährleisten wir darüber hinaus die Wirksamkeit des nationalen Aktionsprogramms im Bereich Düngerecht. Aus meiner Sicht haben wir einen gut austarierten Kompromiss erarbeitet, der für die Düngung in Deutschland künftig ein solides Fundament garantiert und das Grundwasser schützt.

Ich möchte abschließend noch deutlich machen, dass wir bei allen berechtigten Diskussionen in der Sache nicht den Fehler machen sollten, die Landwirtschaft primär als Problemverursacher zu sehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Richtig ist vielmehr, dass uns die rund 375 000 landwirtschaftlichen Betriebe im Land mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen und zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen. Diese 375 000 Betriebe versorgen 82 Millionen Menschen in Deutschland. Vor diesem Hintergrund bin ich der festen Überzeugung, dass unsere Bauern in Deutschland nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sind.

Ich bitte Sie, dem Gesetz zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Rainer Spiering, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Aus besonderem Anlass freue ich mich, dass Lara, Anna und Christoph hier sind.

Ich möchte erst einmal zu dem Begriff „Stoffstrombilanz“ gratulieren. Das ist ein wertfreier Begriff, ein neutraler Begriff und ist ein vernünftiger Begriff, weil wir damit auch aus der teilweise emotional sehr aufgeladenen Diskussion herauskommen.

Lassen Sie mich über den Umweltbericht des Landkreises Osnabrück 2016 sprechen. In diesem Umwelt-

bericht wird beschrieben, dass sich das Grundwasser im Landkreis Osnabrück aufgrund erhöhter Nitratbelastungen zu 50 bis 60 Prozent in einem chemisch schlechten Zustand befindet. Das würde ich als keine sonderlich gute Nachricht bezeichnen. Aber nun kommen die Behördenbemerkungen dazu. Die Landwirtschaftskammer sagt: Stickstoffbedarf vorhanden. – Das Landesamt für Bergbau sagt: Stickstoffüberschuss. – Die Wasserschutzbehörde sagt: deutlicher Stickstoffüberschuss. – Wie kann es sein, dass drei Landesbehörden zu unterschiedlichen Bewertungen kommen? Ich halte das im Grundsatz für falsch. Hier sollten wir versuchen, mit einer Stimme zu sprechen.

Die Forderung meines kommunalen Verbandes – in Absprache mit kommunalen Spitzenverbänden – lautet: Einführung einer umfassenden Nährstoffbilanz – wir nennen das jetzt vernünftigerweise eine Stoffstrombilanz –, Absenkung der Stickstoffbedarfswerte und Streichung von Ausnahmeregelungen, Einführung von Vorgaben zu Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger, Präzisierung von Ausbringungsbeschränkungen, Einfügung von Vorgaben zu Sanktionsmöglichkeiten. – Das schreibt ein Landkreis, der zu den größten tierhaltenden Landkreisen der Republik gehört und sehr genau weiß, wovon er spricht. Vielleicht hätten wir vorher darauf hören sollen.

Ich glaube, dass wir heute den richtigen Weg mit der Stoffstrombilanz gehen. Aber mein Landkreis sagt auch: Es wäre gut, wenn wir eine Rechtsgrundlage für den Datenzugriff schaffen würden. Es dürfte Sie nicht sonderlich überraschen, dass ich auch das gut finde. Sehr gut finde ich in dem vorliegenden Papier die magische Zahl 2023. Das ist das, was mich zu großem Optimismus anregt.

(Beifall bei der SPD – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist aber noch lange hin!)

– Na ja, eine gute Sache braucht gelegentlich viel Zeit und eine gute Vorbereitung; darauf komme ich noch zu sprechen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der Zwischenzeit geht das ganze Nitrat ins Wasser! – Gegenruf von der CDU/CSU: Billig!)

Mir hat unlängst jemand in einer Diskussion gesagt – das ist vielleicht auch die Antwort darauf, warum wir tätig werden –: Man muss es vom Ende her denken. – Das gilt für uns alle, insbesondere für diejenigen, die bäuerliche Betriebe haben. Das Ende ist der Konsument. Entweder hat der Konsument Vertrauen, oder der Konsument hat kein Vertrauen. Zurzeit beten wir gelegentlich das Vertrauen gesund, aber es ist nicht da. Deswegen sollten wir uns ehrlich machen. Der zukünftige Präsident dieses Landes hat gesagt: Wir sollten Mut haben, zur Sache etwas zu sagen.

Wahr sind unsere Grundwasserbeschreibungen. Wahr ist auch, dass unsere Datenlage zu gering ist. Wahr ist auch, dass wir die Möglichkeit haben, die entsprechenden Daten zu erfassen. Wir haben mit der Verabschiedung des letzten Haushalts 10 Millionen Euro für eine neue IT-Plattform bereitgestellt. Ihr Aufbau gestaltet sich

Rainer Spiering

- (A) sehr gut. Aber das wird nur funktionieren, wenn alle willens sind, ehrlich ihre Daten dort einzugeben.

Wenn wir ehrliche und souveräne Daten haben, dann können wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern sagen, was in den Ställen Sache ist, was bei unseren Böden Sache ist und was bei unseren Nährstoffbilanzen Sache ist. Wir haben aufgrund dieser Daten sowie dank einer hervorragenden deutschen Landmaschinentechnologie und einer sich prächtig entwickelnden deutschen IT in diesem Bereich die Möglichkeit, präziser auf den Äckern zu werden, besser auf den Äckern zu werden, tiergerechter zu werden

(Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Genau!)

und den Landwirt bei der Arbeit – hin zum Tier, weg von den organisatorischen Fragen – zu entlasten. Wenn wir das gut machen und allen Betroffenen helfen, können wir uns einen Mordspapierwust ersparen und alles über IT machen, in großem Vertrauen darauf, dass wir in diesem Rahmen vernünftige Datenschutzregelungen erarbeiten.

Wir haben zudem die Möglichkeit – das möchte ich abschließend sagen –, alle geobasierten Daten einzubringen, alle wissenschaftlich basierten Daten einzubringen, alle Nährstoffdaten einzubringen und alle Katasterdaten – wichtig für alle Spieler – einzubringen. So kann der Schlepper problemlos über den ihm zugehörigen Acker fahren.

- (B) All das geht nur in der Verbindung von Staat und Wirtschaft, und zwar im gegenseitigen Vertrauen. Mit Wirtschaft sind nicht die Landmaschinenhersteller gemeint, sondern die bäuerliche Landwirtschaft. Wenn sich die bäuerliche Landwirtschaft entscheidet, allen Betroffenen die Hand zu geben und sich im besten Sinne des Wortes ehrlich zu machen, dann hat die konventionelle Landwirtschaft in Deutschland – da bin ich mir sicher – eine gute Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Franz-Josef Holzenkamp die Gelegenheit, das Thema abzuschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Besucher! Einige Äußerungen in dieser Debatte verleiten mich zu folgender Einstiegsbemerkung: Man muss die Bauern in Deutschland nicht mögen. Man kann sie auch kritisieren, man kann mit ihnen streiten. Aber ich finde, sie haben Anstand und Respekt für das verdient, was sie 365 Tage im Jahr für unsere Gesellschaft tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Willi Brase [SPD])

Das ist das eine. Dann möchte ich eine zweite Bemerkung machen: Ja – da sind wir uns alle einig –, die

- Landwirtschaft in Deutschland befindet sich in einem Veränderungsprozess. Ich erhebe stellvertretend für uns als Union den Anspruch, dass wir uns mit an die Spitze des Veränderungsprozesses stellen. – Sie können dazu sagen, was Sie wollen, aber verdeutlichen Sie bitte auch Ihre Rolle dabei. Ich habe nämlich den Eindruck – darin besteht der Unterschied zwischen uns –, dass wir als Union die Einzigen sind, die das mit den Landwirten machen wollen – leider, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD und der LINKEN – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wenn einen keiner lobt, muss man es selbst tun!)

Wir reden aber über das Düngepaket; und dieses Düngepaket hat das Ziel, auch für uns, Belastungen für Wasser und Umwelt zu minimieren und zu reduzieren, sich gleichzeitig aber auch mit der Frage zu beschäftigen, wie Pflanzen ausreichend ernährt werden können. In Dänemark gab es zum Beispiel vor Jahren keinen Qualitätsweizen mehr; den musste man importieren. Solche Fehler dürfen wir in Deutschland nicht machen. Deshalb ist es schon gut, meine Damen und Herren, wenn man in der Sache streitet.

Dieses Gesetzespaket ist ein sehr komplexes Gesetzespaket. Dieses Paket hat Auswirkungen auf die Struktur in der Landwirtschaft: Behälterbau, Investitionen, Ausbringungstechnik. Dadurch wird der Strukturwandel weiter forciert – und das in der Regel bei kleineren Betrieben. Es gehört zum Ehrlichmachen und zur Wahrheit dazu, zu sagen, was dabei nicht unser Ziel ist. Deshalb haben wir uns in diese Diskussion immer wieder fachlich eingebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich glaube, wir haben eine gute Paketlösung mit dem Düngegesetz und der Düngeverordnung hinbekommen. Wir haben das Gesamtpaket in allen Einzelheiten über einen langen Zeitraum diskutiert und beraten, und wir haben, Wilhelm Priesmeier, manchmal auch gestritten. Aber wir haben es zu einem Ergebnis gebracht. Es hätte schneller sein können – das kann es immer sein –, aber wir haben das Ergebnis.

Das Düngegesetz stärkt zukünftig den Vollzug durch die Kontrollbehörden. Das ist in meinen Augen ein ganz zentraler Punkt, weil wir hier wirklich Nachholbedarf haben, beispielsweise bei den Möglichkeiten zum Abgleich mit Daten aus anderen Rechtsbereichen. Auch das ist unter Datenschutzgesichtspunkten alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Ich denke an den Zugriff auf Datenbanken, die Tierhaltung in Verbindung mit Flächen erfassen, womit eine sehr schnelle Plausibilitätskontrolle durchgeführt und ganz gezielt vor Ort geprüft werden kann.

Sie, Frau Höhn, fragten, was eigentlich bis 2023 passiert. Das passiert ab sofort. Die Biogasgärreste sind sofort dabei. Die waren vorher leider draußen. Hier gab es Nachholbedarf. Auch da sind wir uns einig.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber viel zu wenig Betriebe!)

(C)
(D)

Franz-Josef Holzenkamp

- (A) Zu dieser sogenannten Stoffstrombilanz, also der neuen Bilanzierungsmethode, die alle Emissionen erfassen soll: Wie die genau aussieht, wissen wir alle noch nicht. Jeder redet darüber, aber keiner weiß, wie das im Detail wirklich gehandelt wird. Wilhelm Priesmeier, der pauschal sagte, 2,5 Großvieheinheiten seien als Maßstab zu viel, entgegne ich: Wir waren letzten Sommer auf einem Betrieb mitten in einem Wasserschutzgebiet. Es war ein Futterbau- und Milchviehbetrieb. Bei etwa 2,5 GV konnte der nur mit Raufutter seine Tiere vernünftig ernähren. Auch das muss man wissen. Wenn Sie willkürlich mit Zahlen agieren, dann müssen diese Zahlen belastbar sein; und das sind sie bei Ihrer Argumentation nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Düngegesetz ist, wie wir wissen, Grundlage für die Verordnung. Hier kommt eine ganze Reihe von Verschärfungen auf die Landwirte zu. Es wurde darauf hingewiesen, dass es darüber hinaus die Ermächtigung für die Bundesländer gibt, da, wo wirklich rote Gebiete sind, wo Grundwasserkörper mit Nitrat oder Phosphat belastet sind, zusätzliche Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Wir haben uns bemüht, nicht nur die Interessen einer Klientel zu sehen, sondern das Ganze: Wasser als Lebensgut. Aber genauso gilt es, die Interessen der Landwirte zu berücksichtigen.

Wir halten den Kompromiss für tragbar. Dass Handlungsbedarf bestand, darüber herrscht absolut Einigkeit. Wir haben bei Kleinbetrieben Ausnahmen gemacht. Wir haben für etwas Flexibilität bei den Sperrfristen in besonderen Regionen gesorgt, wo die Befahrbarkeit letztendlich schwierig ist. Wir haben für Übergangsfristen bei der Ausbringungstechnik gesorgt, damit die Bauern die Chance haben, den Veränderungsprozess zu gestalten, und wir als Politiker Maßnahmen der Unterstützung auf den Weg bringen können.

(B)

Wenn wir Phosphatdünger von heute auf morgen verändern wollten – der Phosphateintrag ist ja mehrfach kritisiert worden –, dann müssten wir der Hälfte der Betriebe sagen: Ihr müsst aufhören. – Wollen wir nicht gemeinsam vernünftige Zukunftslösungen erarbeiten? Insofern lautet mein Appell an uns alle, dass wir die Stoffstrombilanz, die wir noch angehen müssen und deshalb noch nicht kennen, vernünftig, praktikabel und auch fachgerecht umsetzen. Hier kommt wirklich eine große Verantwortung auf uns zu, dies vernünftig zu machen und diese Bilanz nicht für Struktur- oder gar Klientelpolitik zu missbrauchen.

Abschließend noch ein Gedanke. Friedrich Ostendorff, du hast vorhin gesagt: Wir wollen verbinden. – Das ist genau die richtige Ansage. Dafür bin ich dankbar. Verbinden, das sollten wir wirklich miteinander tun. Du hast die Themen „Festmist“, „Kompost“ und „Erleichterungen für Weidehaltungen“ angesprochen. Wir haben die damit verbundene Politik mitgetragen – aus Überzeugung, weil wir dies wollten. Das war ein Entgegenkommen insbesondere gegenüber den Ökobetrieben. Ich bitte einfach die Politiker, deren Augenmerk insbesondere dieser Klientel gilt, zukünftig bitte auch das Ganze in den Blick zu nehmen; denn das sind wir letztendlich unseren Bauern schuldig.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

(C)

Herr Kollege, Sie hatten „abschließend“ gesagt.

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Ich sehe: Wir haben eine große Verpflichtung gegenüber der Landwirtschaft in Deutschland, wenn wir sie flächendeckend erhalten wollen. Wir haben etwas Gutes, etwas Tragbares auf den Weg gebracht. Ich bitte Sie alle um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Das war auch die letzte Rede zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften. Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/11171, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 18/7557 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das ist die Koalition. Wer ist dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Die Linke. Der Gesetzentwurf ist damit mit den Stimmen der Koalition angenommen.

(D)

Wir kommen jetzt zum gymnastischen Teil, nämlich zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie zuvor angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/11206. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Koalition. Wer enthält sich? – Die Fraktion Die Linke. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Wir setzen die Abstimmung zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft auf Drucksache 18/11171 fort. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/1332 mit dem Titel „Wasserqualität für die Zukunft sichern – Düngerecht novellieren“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- (A) Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/9044 mit dem Titel „Neues Düngerecht endlich beschließen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 sowie den Zusatzpunkt 5 auf:

12. Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Christian Kühn (Tübingen), Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimaschutz in der Wärmeversorgung sozial gerecht voranbringen – Aktionsplan Faire Wärme starten

Drucksache 18/10979

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

- ZP 5 Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Christian Kühn (Tübingen), Annalena Baerbock, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz – EE-WärmeG)**

(B)

Drucksache 18/6885

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

Drucksache 18/8438

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind. Dann ist so beschlossen. – Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Dr. Julia Verlinden, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Julia Verlinden (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Hälfte des Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf die Wärmeversorgung. Das heißt, Klimaschutz kann ohne den Umbau unserer Energieversorgung im Wärmesektor nicht funktionieren. Aber es passiert viel zu wenig, und ich glaube, wir sind uns in der Analyse einig: Die Modernisierung von Gebäuden kommt nur schleppend voran. Der Anteil der erneuerbaren Energien im Wärmesektor stagniert seit Jahren auf niedrigem Niveau. Und was tun Sie als Große

Koalition? Sie tun nichts. Sie warten ab. Unverantwortlich finde ich das. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU: Ach!)

Gestern wollte die Regierung eigentlich das Gebäudeenergiegesetz im Kabinett beschließen. Wohlgermerkt: Darüber reden wir seit dem Beginn der Legislaturperiode. Doch die Kollegen Fuchs und Pfeiffer von der Union, die sich heute noch nicht einmal trauen, hier zu erscheinen, sondern Frau Gundelach, die andere Unterzeichnerin dieses Briefes, hier allein sitzen lassen, tun gemeinsam mit ihren Gefolgsleuten alles, um selbst diese minimale Bewegung im Gebäudebereich noch zu stoppen. In einem hanebüchernen Brief an das Kanzleramt haben sie die eigene Regierung aufgefordert, die Vorgaben aus Brüssel für einen Niedrigstenergiegebäudestandard komplett zu unterlaufen. Das ist fortschrittsfeindlich, und es ist einfach nur peinlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Was Sie hier treiben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, das ist nicht nur das Gegenteil von Klimaschutz, sondern es ist auch das Gegenteil von Verbraucherschutz;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn ohne Energieeinsparungen und ohne erneuerbare Energien stehen den Mieterinnen und Mietern spätestens beim nächsten Ölpreisanstieg saftige Heizkostenrechnungen ins Haus. Das sollten Sie den Menschen da draußen ehrlicher Weise sagen, wenn Sie hinter den Kulissen versuchen, jeden Fortschritt im Wärmebereich zu verhindern. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Regierung und diese Große Koalition sind nicht in der Lage, noch irgendetwas Zukunftsweisendes für den Wärmemarkt auf den Weg zu bringen. Wir Grünen zeigen, wie es geht. Mit unserem Aktionsplan Faire Wärme senken wir den Wärmebedarf deutlich, und wir stellen auf erneuerbare Energien um. Wir zeigen auch, wie das sozialverträglich und bezahlbar funktioniert.

Der Umbau der Wärmeversorgung kann nur vor Ort gelingen, gemeinsam mit den Kommunen, gemeinsam mit den Menschen. Deshalb wollen wir insbesondere Städte und Gemeinden dabei unterstützen. Mit einem eigenen Bundesprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich wollen wir die Sanierung ganzer Viertel fördern. Damit ermöglichen wir die wärmietenneutrale Sanierung für Menschen mit wenig Einkommen. Außerdem wollen wir gezielt die kommunale Wärmeplanung unterstützen. Damit stärken wir die Kommunen und machen sie zum zentralen Akteur bei der Energiewende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen exemplarisch zwei weitere Kernpunkte aus unserem Maßnahmenkatalog:

Erstens. Wir wollen die faire Wärmeversorgung. Dafür stellen wir nicht nur das genannte Sanierungspro-